

Programmatik und politisches System

Artikel für die vom PDS-Parteivorstand herausgegebene Zeitschrift »Disput«, Heft 14/1992 (2. Juliheft)¹

Der Dreh- und Angelpunkt des Gesamtentwurfs² wie jeder spezifischen Programmfrage ist der globale Politikansatz, das heißt das Ausgehen von dem unser Zeitalter prägenden existenzgefährdenden Zustand der Weltzivilisation.

Dem Mehrheits-Programmtext³ ist wohl einerseits zu bescheinigen, daß er diesen Ansatz wirklich zur Geltung zu bringen versucht. Andererseits ist Harald Werner⁴ zuzustimmen, der zu Recht die Frage aufgeworfen hat, ob nicht die globale Zivilisationskrise – und zwar in einer die Dramatik der Situation deutlicher zum Ausdruck bringenden Weise – auch den Ausgangspunkt der Darstellung bilden sollte. Zudem ergibt sich für mich die Feststellung, daß die Folgerungen aus diesem Ansatz gerade hinsichtlich der Staats-, Demokratie- und Machtfrage unzureichend gezogen worden sind.

Im Programmtext wird zunächst richtig festgestellt, daß das Scheitern des Realsozialismus, das Verfehlen eines alternativen Entwicklungsweges im

-
- 1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Disput, Heft 14/1992, S. 27-30. Dieses Heft von »Disput« bündelte Beiträge zur Debatte um das Programm der PDS, dessen Erarbeitung von der 2. Tagung des 2. Parteitag (21.-23. Juni 1991 in Berlin) beschlossen worden war. Als gleichberechtigte Diskussionsgrundlagen hatte der Parteitag drei unterschiedliche Entwürfe programmatischer Thesen anerkannt, die von der Grundsatzkommission, der Kommunistischen Plattform und von Vorstandsmitglied Klaus Höpcke vorgelegt worden waren. Auf der Grundlage dieser Entwürfe war ein überarbeiteter Programmtext entstanden, der am 28. Mai 1992 auf einer gemeinsamen Beratung von Parteivorstand, Parteirat, Landesvorsitzenden, Fraktionschefs der Länder und Grundsatzkommission erörtert und am 1. Juni 1992 im »Neuen Deutschland« veröffentlicht worden war. Angenommen wurde das Programm vom 3. Parteitag der PDS (29.-31. Januar 1993 in Berlin) (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, Berlin 1998). – Die »Disput«-Ausgabe 14/1992 markierte den Beginn der abschließenden Phase der Programmdebatte. – Schumann hat sich im Zusammenhang mit dem Programm auch nach dessen Annahme immer wieder zu Wort gemeldet – am ausführlichsten in dem Band »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«, Berlin 1997, zu dem er das Kapitel IV.2. »PDS und Weltanschauung – Zum Verhältnis von Theorie und Politik und zur Rolle der marxistischen Tradition« mit den Abschnitten »PDS: Politik ohne Ideologie?«, »Marxismus-Leninismus« und »Einheit von Theorie und Praxis« sowie »Weltanschauungsbindung und marxistische Tradition« beisteuerte (S. 286-295).
 - 2 Gemeint ist der in Anm. 1 genannte, am 1. Juni 1992 veröffentlichte Entwurf. Es existierten gleichzeitig – Schumann geht im folgenden verschiedentlich darauf ein – andere Entwürfe, in denen Positionen vertreten wurden, die sich zum Teil deutlich von diesem auch als »Mehrheitsentwurf« bezeichneten Text unterschieden.
 - 3 »Mehrheitsentwurf« meint erneut den am 1. Juni 1992 veröffentlichten Entwurf.
 - 4 Harald Werner – 1990 Mitgründer der PDS in Bremen, 1988-1994 Leiter eines soziologischen Forschungsprojekts in Hamburg, langjährige Tätigkeit in der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS, ab 1995 gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS und wiederholt zum Mitglied des Vorstandes der PDS gewählt.

Kern durch prinzipielle Demokratiedefizite, durch das Fehlen demokratischer Offenheit und eines pluralistischen politischen Willensbildungsprozesses bedingt war. Es handelte sich in der Tat nicht um ein gleichsam naturnotwendiges Scheitern, sondern darum, daß das politisch-rechtliche System des Realsozialismus, die von diesem System geprägte Gestalt des geistigen Lebens und die Öffentlichkeitssurrogate keine hinreichende Entwicklung, Mobilisierung und Bündelung der in der Gesellschaft vorhandenen Potentiale an Kreativität ermöglichten. Das ist für mich der entscheidende Punkt. Der Realsozialismus scheiterte in einem geschichtlichen Augenblick, in dem die Herausforderungen eines neuen Zeitalters die qualitative Entwicklung der menschlichen Vermögen zur Lösung verschränkter nationaler, regionaler und globaler Probleme, die auf den Feldern der Wirtschaft, der sozialen Verhältnisse, der Technik, der Wissenschaft, der Ökologie usw. ihren spezifischen Ausdruck finden, erfordert hätte. Vor allem waren es das realsozialistische Verständnis der Machtfrage und die tatsächliche Machtorganisation, die die Entfaltung gesellschaftlicher Kreativität blockierten und zur Herausbildung eines Antagonismus von Machtbehauptung und Lösung der entstandenen gesellschaftlichen Widersprüche führten. Natürlich gibt es dafür historische Erklärungsgründe, die ich aber jetzt nicht diskutieren kann. Jedenfalls erkenne ich diese Diagnose im Programmentwurf und ich halte sie im Kern für völlig zutreffend.

Der Programmentwurf geht weiter davon aus, daß die gegenwärtige Gesellschaft nicht der durch die umfassende Zivilisationskrise geforderten Form menschlichen Lebens entspricht, diese Krise lebensbedrohlich verschärft und daher transformiert werden muß. Dieser Transformationsprozeß ist erheblichen Mißverständnissen ausgesetzt. Manche verstehen ihn als ein kategoriales Ausweichmanöver vor der traditionellen linken »Gretchenfrage«: Reformismus oder Kampf für eine sozialistische Gesellschaft?

Zunächst ist festzustellen, daß der Programmentwurf keinen Zweifel daran läßt, daß der Übergang zu einer völlig neuen Produktions- und Lebensweise global auf der geschichtlichen Tagesordnung steht. Insofern geht es um einen radikalen gesellschaftlichen Wandel. Er vermeidet jedoch zu Recht Feststellungen wie: »Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse blockieren diesen Wandel« oder »Der Sozialismus als einzige Alternative« usw., wie sie der Entwurf der Kommunistischen Plattform enthält. Diese Formeln sind insofern zu Leerformeln geworden, weil sie als Ersatz für eine konkret-historische Analyse der in vieler Hinsicht veränderten Interessenlagen sozialer Kräfte in den verschiedenen Teilen einer völlig veränderten Welt am Ende unseres Jahrhunderts fungieren. Diese Analyse muß meines Erachtens in Anknüpfung an das sogenannte »neue Denken«⁵ noch geleistet werden. Es geht um Antwort auf die Frage,

5 Gemeint ist der von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow geprägte Begriff des »neuen Denkens«, wie er ihn insbesondere in seinem Buch »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und

was sich – grundsätzlich – verändert hat an den Bedingungen, den subjektiven und objektiven »Anknüpfungspunkten« einer linken politischen Strategie.

Solange diese Bedingungen nicht hinreichend konkret erfaßt sind – als Bedingungen der Möglichkeit einer emanzipatorischen Politik –, besteht von neuem die Gefahr, die Strategie politischen Handelns nicht aus den Voraussetzungen (den Möglichkeiten) der bestehenden Gesellschaft und einer daraus abgeleiteten Vision zu entwickeln, sondern aus dem abstrakten Ideal einer »ganz anderen« Gesellschaft zu konstruieren.

Der Transformationsbegriff des Mehrheitsentwurfs zielt auf das Bewußtmachen dieses Problems ab und bedeutet nichts weniger als den Verzicht auf Emanzipation. Er meint die Aktualisierung von Entwicklungspotenzen der gegenwärtigen Gesellschaft als politische Aufgabe mit dem Ziel der Schaffung einer neuen humanen Lebensform.

Wenn von veränderten Bedingungen die Rede ist, so muß man – glaube ich – vor allem die Tatsache in Rechnung stellen, daß die wirtschaftliche und soziale Reproduktion der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in einem ganz anderen Ausmaß als früher durch politische, rechtliche und sozialpsychische Formen vermittelt und damit auch nach Maßgabe politischer Kämpfeverhältnisse beeinfluß- und veränderbar ist. Die Ebene des Politischen, das politisch-rechtliche und geistige Leben gewinnt unter diesen Bedingungen ein entschieden höheres Gewicht hinsichtlich der Mittel und Ziele gesellschaftlicher Reproduktion. So wie es gelingt, gesellschaftliche, und das heißt auch: globale Problemsituationen auf politischer Ebene zu artikulieren und in bestimmter Weise zu entscheiden, werden unmittelbar »Weichen« für gesamtgesellschaftliche Reproduktionsprozesse gestellt. Der Ansatzpunkt progressiver Gesellschaftsveränderungen ist daher die Wirksamkeit im politischen System dieser Gesellschaft. Dieses System ist – im Unterschied zum realsozialistischen System der Macht – selbst progressiv veränderbar, das heißt demokratisierungsfähig. Das hängt zusammen mit den konstitutiven Mechanismen dieses Systems, den geschichtlich gewordenen Elementen rechtsstaatlicher Kontrolle politischer Macht, dem spezifischen Charakter der Öffentlichkeit usw. Sie erlauben in einer kreativeren Weise die Erkenntnis, öffentliche Artikulation und auch politische Bewältigung gesellschaftlicher Problemsituationen. Ich spreche aber ausdrücklich im Konjunktiv. Denn das Anerkennen solcher Entwicklungspotenzen, die sich letztlich immer im Freisetzen subjektiven Erkenntnis- und Gestaltungsvermögens ausdrücken, bedeutet nicht das Übersehen starker entgegenwirkender Faktoren, die das öffentliche Bewußtwerden der dringenden Notwendigkeit des Übergangs zu einer neuen Produktions- und Lebensweise blockieren, das politische und geistige Leben im Interesse von Mino-

für die ganze Welt« (Berlin 1988; die Originalfassung »Perestrojka i novoe myšlenie dlja našej strany i dlja vsego mira« Moskau 1987) entwickelt hat.

ritäten beherrschen und die den Wandel nur im Rahmen des gesellschaftlichen Status quo zulassen wollen. Es handelt sich dabei im Kern um den im Entwurf angesprochenen neokonservativen politischen Mehrheitsblock, der durch seine Hegemonie im politischen System und geistigen Leben die Entfaltung der sozialen Kreativität und die im System pluralistischer Demokratie und Öffentlichkeit angelegten Möglichkeiten vorausschauender Konflikterkennung und Konfliktlösung einschränkt bzw. zu politischer Wirkungslosigkeit verurteilt.

Dagegen müssen wir, wie es im Entwurf richtig heißt, eine Strategie der Demokratisierung setzen. Demokratisierung meint die politische Form, in der sich die menschlichen kreativen Vermögen ausbilden und verantwortlich betätigen können. Sie ist insofern Mittel und Ziel sozialistischer Politik und Bedingung, um auf die Herausforderungen unseres Zeitalters adäquat reagieren zu können. Diese Demokratisierung muß ansetzen bei einer radikalen Kritik an der gegenwärtigen Verfaßtheit des politischen Systems. Ich vermisse im Programmentwurf diesen Ansatz. Wo der eigentliche »Pferdefuß« im gegenwärtigen Zustand des politischen Systems liegt, wird nicht gesagt.

Das politische System ist im wesentlichen das der repräsentativen Demokratie. Der eigentliche Kritikpunkt ist nicht die Repräsentation schlechthin, und der entscheidende Mangel ist nicht dadurch zu beheben, daß man Elemente der direkten Demokratie angliedert, obwohl das zweifellos notwendig ist.

Die Crux ist, daß das System der repräsentativen, das heißt der parlamentarischen Demokratie, wie es jetzt verfaßt ist, in überstarkem Maße dazu neigt, die tatsächlichen sozialen und ökologischen Widersprüche und von der globalen Situation ausgehenden Konflikte nicht in ihrer ganzen Schärfe und bedrohenden Gewalt in Erscheinung treten zu lassen, sie auf der Ebene des politischen Systems zum Ausdruck zu bringen, sie damit gleichsam politisch zu potenzieren und die langfristige Konfliktlösung herauszufordern. Die heute existenzbedrohenden Widersprüche treten kaum in der politischen Ebene in Erscheinung, sie werden eher »befriedet«, indem man sie versteckt hinter Parteikämpfen. Das Parlament ist nicht ihr politischer »Umschlagpunkt«, sondern weitgehend Form der Auseinandersetzung um Profile der tradierten politischen Parteien, deren Führungen allesamt das Interesse haben, um des Status quo willen den ganzen Ernst und die Dramatik der Situation zu verschweigen. Daß der Kaiser nackt ist, soll möglichst nicht öffentlich ausgesprochen oder höchstens als einzelne Stimme vernommen werden, die, schon weil sie völlig vereinzelt ist, absurd klingt. Andernfalls bestünde nämlich die Gefahr des totalen Vertrauensverlustes in die etablierte politische Klasse, und das wäre identisch mit der Infragestellung der Macht.

In diesem Sinne befindet sich das heutige System der parlamentarischen Demokratie in einer tiefen Krise. Der Bericht des Club of Rome konstatiert dies, beschreibt aber lediglich das System, die Krise der Gouvernanz: »Regierungen bevorzugen Lösungen, die kurzfristigen politischen Nutzen bringen, und vernachlässigen systematisch die langfristige Perspektive. Als Folge solch

gewohnheitsmäßiger Vernachlässigung tendieren die Probleme dazu, schlimmer zu werden, und Regierungen betreiben jeweils nur periodisches Krisenmanagement. Regieren verkommt zur regelmäßig wiederkehrenden Krisenbewältigung, zum Taumeln von einem Notfall in den anderen – Finanzen, Soziales, Zahlungsbilanz, Arbeitslosigkeit, Inflation und dergleichen. Bei jeder Krise werden die Risse nur notdürftig gekittet, selten reichen die Maßnahmen an die Wurzeln des Übels heran. Die tiefer liegenden Ursachen, die sich langfristig bemerkbar machen, werden allzuleicht ignoriert oder nicht erkannt zugunsten kosmetischer Maßnahmen, deren Wirkung nur von kurzer Dauer ist.«⁶

Das aber hat seine Ursache in der angesprochenen Tatsache, daß das parlamentarische System entschieden zu wenig als Umschlagpunkt der tatsächlichen gesellschaftlichen Widersprüche wirkt, sondern primär als Mechanismus der Befriedung und Verdrängung existentieller Probleme, der Selbstberuhigung und Selbsttäuschung, des »Pfeifens im Wald«.

Dessen müssen wir uns bewußt sein und daraus müssen wir programmatische Schlußfolgerungen ableiten. Angesichts des Zustands des parlamentarisch-politischen Systems hat die linke sozialistische Opposition die Aufgabe, die gesellschaftlichen Konflikte unverkürzt und in ihrer ganzen Schärfe in die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit zu bringen, natürlich nicht zuletzt auch in die parlamentarische Öffentlichkeit. Das wird nur hinreichend gelingen, wenn ein entsprechender außerparlamentarischer Druck dies erzwingt. Sie hat die Aufgabe, um einen Konsens dafür zu ringen, daß eine Reform des politischen Systems notwendig ist, das sonst seine Konfliktlösungspotenz verliert, im Sinne einer neuen Qualität der politischen Kultur und der Politisierung der Masse der Menschen.

In diese Perspektive sind dann auch die Fragen der Reform des Verfassungsrechts zu stellen.

6 Schumann hat hier keine Quellenangabe gemacht. Gemeint ist der zu jener Zeit brandaktuelle und viel diskutierte Bericht des Rates des renommierten, 100 führende Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftler aus 53 Ländern repräsentierenden Club of Rome mit dem Titel »Die erste globale Revolution«. Die von Schumann zitierte Textfassung entstammt offensichtlich einer Zusammenfassung des Berichts; sie stimmt mit der offiziellen deutschen Buchausgabe, die – da sie erst 1992 erschienen ist – Schumann möglicherweise noch nicht vorgelegen hat, nicht wörtlich überein, ist aber inhaltlich deckungsgleich. Die gemeinten Passagen lauten in der Buchausgabe: »Regierungen bevorzugen politisch nützliche kurzfristige Lösungen und vernachlässigen systematisch die langfristigen Perspektiven. Als Folge solch systematischer Vernachlässigung verschlimmern sich die Probleme, und die Regierungen schlittern in einen Teufelskreis der Krisenbewältigungen« (S. 160). »Die Folge ist, daß die neue Regierung den ›Nachlaß der Nachlässigkeit‹ erbt: ungelöste Probleme halten sich hartnäckig und verschlimmern sich, man gerät in einen Rhythmus der Krisenbewältigung, taumelt von einer Notlage zur nächsten – Finanzen, Soziales, Zahlungsbilanz, Arbeitslosigkeit, Inflation und so weiter. Die einzelnen Krisen werden durch notdürftiges Verkleben der Risse gelöst, die verordneten Kuren erreichen nur selten die Wurzel des Übels. Die wahren Gründe der Schwierigkeiten werden allzuleicht ignoriert oder nicht einmal identifiziert, da sie langfristiger Natur sind; statt dessen betreibt man reine Kosmetik, die nur Tagesbedeutung hat« (S. 163. – Alexander King, Bertrand Schneider: Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Frankfurt a. M. 1992, 220 S.).